UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Ein neues Klima für Entwicklung? Die ökologische Gouvernementalität der Entwicklungspolitik

Chris Methmann, Angela Oels

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Methmann, Chris, and Angela Oels. 2014. "Ein neues Klima für Entwicklung? Die ökologische Gouvernementalität der Entwicklungspolitik." In *Entwicklungstheorien*, edited by Cord Jakobeit, Franziska Müller, Elena Sondermann, Ingrid Wehr, and Aram Ziai, 464–87. Baden-Baden: Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845250298_469.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Ein neues Klima für Entwicklung?
Die ökologische Gouvernementalität der Entwicklungspolitik

Chris Methmann/Angela Oels

1. Einleitung

Was verbindet die Erforschung der Elefantensprache in Kenia, die Anschaffung neuer Uniformen für Park-Ranger und den Schutz archäologischer Maya-Stätten in Zentralamerika, die Reduzierung des Bleianteils von Treibstoffen in Pakistan, die Unterstützung des Bildungssektors auf Kiribati und den UNICEF-Telemarathon? Es mag absurd klingen, aber all diese Projekte werden im Rahmen der Datenbank des Entwicklungskomitees der OECD (DAC) als klimarelevante Projekte der Entwicklungszusammenarbeit geführt (Michaelowa u. Michaelowa 2010, S. 1). Diese bizarre Liste zeigt, dass der Klimawandel nach Grundbedürfnisorientierung, HIV und Gender zum neuen Modethema der Entwicklungszusammenarbeit geworden ist.

Natürlich werden Umwelt und Entwicklung schon länger miteinander in Verbindung gebracht, nicht zuletzt seit dem UN-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung, der 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Doch der Fokus auf den gefährlichen Klimawandel hat in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht. Führende Akteure der internationalen Entwicklungspolitik, z. B. das Entwicklungsprogramm der UN (UNDP 2007) oder die Weltbank (Weltbank 2010), sehen den Klimawandel als Gefahr für Entwicklung. Die UN-Generalversammlung und teilweise der UN-Sicherheitsrat sehen den Klimawandel als Gefahr für Sicherheit und Stabilität in Entwicklungsländern, zumindest aber als Bedrohung der menschlichen Sicherheit (UN Security Council 2007; UN Secretary General 2009). Und wie die oben genannte Liste deutlich gemacht, legitimieren Geber einen großen und wachsenden Anteil von Entwicklungsprojekten mit der drohenden globalen Erwärmung (Michaelowa u. Michaelowa 2010) – auch wenn die eigentlichen Projekte damit kaum in Zusammenhang stehen. Wie verändert sich Entwicklungspolitik, wenn der Klimawandel zu ihrer dominanten Problematisierung wird? Die Beantwortung dieser Frage ist Gegenstand des vorliegenden Artikels.

Wir versuchen dabei, der Diskussion über Umwelt und Entwicklung einen neuen theoretischen Dreh zu geben. Viel ist über den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung geschrieben worden. Etliche Regalmeter lassen sich allein mit den Arbeiten zu nachhaltiger Entwicklung füllen (Eblinghaus u. Stickler 1996; Meadowcroft 1999; Carruthers 2001; Death 2010). Zusätzlich gibt es zur neueren Diskussion über den Zusammenhang von Klima und Entwicklung eine Reihe von Arbeiten, die jedoch entweder stark normativ die „best practice" der Zusammenführung beider Themenfelder beleuchten (Gupta u. van der Grijp 2010). Oder es werden lokale Projekte wie die des Clean Development Mecha-

PVS, Sonderheft 48/2014, S. 464–487

nism (CDM) daraufhin untersucht, ob diese tatsächlich einen Zusatznutzen für Umwelt und Entwicklung bieten (Lohmann 2006; Olsen 2007). In Abgrenzung zu dieser Literatur versuchen wir in diesem Artikel analytisch zu ergründen, wie sich die Programmatik und Rationalität der Entwicklungspolitik verändert, wenn der Klimawandel zur dominanten Problematisierung wird. Dafür greifen wir auf den theoretischen Werkzeugkasten der Gouvernementalität zurück, den der französische Philosoph und Historiker Michel Foucault entwickelt hat. Kurz gefasst bezieht sich dessen Wortschöpfung der Gouvernementalität auf den Fakt, dass die Problematisierung eines Gegenstands in engem Zusammenhang mit den dadurch legitimierbaren Regierungspraktiken steht. Das Foucault'sche Instrumentarium ist ein wiederkehrendes Thema in der Entwicklungspolitik (Rojas 2004; Duffield 2007; Death 2010), ist bisher jedoch kaum auf den Zusammenhang von Klima und Entwicklung angewendet worden. In diesem Sinne untersuchen wir, welchen Einfluss die wachsende Dominanz klimapolitischer Diskurse auf die Gouvernementalität der globalen Entwicklungspolitik ausübt. Wir zeigen, dass die Ökologisierung der Entwicklungspolitik zu einer Regierungsweise führt, die wir mit dem Begriff der „Ökopolitik der Apokalypse" umreißen: Der Klimawandel wird zu einer allumfassenden Bedrohung, weswegen Entwicklungspolitik nun allein in die Resilienz der regierten Subjekte investieren soll. Weil Resilienz aber enge Geistesverwandtschaft mit fortgeschritten liberaler Gouvernementalität pflegt, führt dies zu einer Stärkung neoliberaler Hegemonie in der Entwicklungspolitik. Dies könnte insbesondere deswegen relevant sein, weil diese Hegemonie in den letzten Jahren in die Krise geraten ist – nicht nur, aber ganz entscheidend auch durch die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.

Dieses Argument ergibt sich aus einer Diskursanalyse von Publikationen und Abkommen internationaler Institutionen zum Klima- und Entwicklungsnexus. Angesichts der sehr breiten Diskussion über die verschiedenen methodologischen Strategien im Anschluss an Foucault (Kerchner u. Schneider 2006), orientieren wir uns hier an einem bewährten Ansatz der Gouvernementalitätsforschung: der Analytik des Regierens nach Mitchell Dean (Dean 1999). Dean unterscheidet zwischen den Sichtbarkeiten, Rationalitäten, Technologien und Identitäten, anhand derer sich verschiedene Regime des Regierens charakterisieren lassen. Dean schlägt weiterhin ein genealogisches Vorgehen vor. Daher gehen wir, eher kursorisch und auf Basis von Sekundärliteratur, den Ursprüngen der Verbindung von Umwelt und Entwicklung auf den Grund. Mit zunehmender Aktualität steigt dann jedoch auch die Detailschärfe. Die aktuelle Diskussion sezieren wir dann anhand einer feinkörnigen Diskursanalyse aktueller Publikationen internationaler Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und NGOs.[1]

Wir beginnen mit einer kurzen Präsentation des Konzeptes der Gouvernementalität nach Michel Foucault. Daran anschließend widmen wir uns aus einer genealogischen Perspektive den entfernten Ursprüngen des Umwelt-Entwicklungs-Nexus und arbeiten zwei relevante diskursive Strömungen heraus: Entwicklung

1 Wir haben für diesen Beitrag nur die Programmatik des Regierens in offiziellen Dokumenten untersucht und verfügen nicht über die Daten, um die Subjektivierungen und deren mögliches Scheitern in konkreten Fallstudien zu untersuchen.

als unbegrenzte, universelle Teleologie und die Verschränkung von Umwelt und Entwicklung. Im nächsten Abschnitt wenden wir uns dann dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung zu, das aus der Synthese der letztgenannten Diskurse hervorgegangen ist. Aus Perspektive der Analytik des Regierens beschreiben wir die Ergebnisse des Erdgipfels von Rio 1992 als liberal-biopolitische Gouvernementalität und zeichnen nach, welche Implikationen diese für die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik hat. Im folgenden Abschnitt zeichnen wir dann die Entwicklung dieses Regierungsregimes hin zu einer fortgeschritten liberalen oder neoliberalen Gouvernementalität nach. Wir diskutieren das Kyoto-Protokoll 1997 und den Johannesburg-Gipfel 2002 als paradigmatische Beispiele für diese Entwicklung. Hier gehen wir am Beispiel des Clean Development Mechanism (CDM) auch der Frage nach, wie sich die beschriebene programmatische Tendenz in tatsächlichen Praktiken niederschlägt. Abschnitt 3.3 untersucht dann, wie der Klimawandel zunehmend als existenzielle Bedrohung für menschliche Entwicklung konstruiert wird, wie diese Konstruktionen das Konzept der Resilienz legitimiert, und welchen Einfluss das auf Entwicklung hat. Wir beschreiben somit die Genealogie des Verhältnisses von Umwelt und Entwicklung als eine Aufschichtung verschiedener gouvernementaler Rationalitäten (s. Tabelle 1), durch welche hindurch ein Trend zum „Regieren aus der Distanz" sichtbar wird, der fortgeschritten liberale Regierungsweisen in der Entwicklungspolitik re-legitimiert. Der Begriff der Schichten soll dabei jedoch nicht verdecken, dass es fließende Übergänge und Überlagerungen zwischen den drei Gouvernementalitäten gibt, die sich nicht in dieser Klarheit abgrenzen lassen.

2. Theorie

In seinen Schriften zur Gouvernementalität hat sich Foucault mit dem Zusammenhang von Wissen, Macht, Subjekt und Regieren beschäftigt (Foucault 2006a, b). Foucault greift mit diesem Konzept das juridisch-souveräne, repressive Machtverständnis an, das seiner Ansicht nach noch immer die politische Theorie dominiert (Foucault 1977, S. 88–89). Zwar mag dieses Modell der souveränen Macht für das Mittelalter charakteristisch gewesen sein. Doch in seiner Genealogie des politischen Denkens zeigt Foucault, dass es in der Moderne zunehmend durch eine subtilere und indirekte Form der produktiven Macht komplementiert worden ist, die er als „Regieren" bezeichnet. Foucault definiert Regieren als eine „Führung der Führungen" und deutet damit auf die Kombination externer und interner Regulierung (Foucault 2005, S. 274). Anders als im herkömmlichen Verständnis beschränkt sich Regieren hier nicht auf das Erlassen von Gesetzen und Verordnungen durch die zentralen Institutionen des Staates. Vielmehr umfasst es alle indirekten Diskurse und Praktiken, durch die Wahrscheinlichkeiten für ein bestimmtes Verhalten geschaffen werden. Die Wortschöpfung „Gouvernementalität" verweist darauf, dass Regierungsregime geprägt sind von einer bestimmten „Mentalität". Sie stützen sich auf Theorien, Philosophien, Kalkulationen oder Werte, die selbst das Ergebnis sozialer und kultureller Konstruktionsprozesse sind und sich im Prozess des Regierens reproduzieren und transformieren (Dean 1999, S. 16). Jede Wissensform impliziert und legitimiert bestimmte Machtverhältnisse,

so wie Machtverhältnisse die Wahrheitsproduktion in bestimmte Bahnen lenken. Wissen und Macht bedingen sich daher wechselseitig, sie verschränken sich zu einem „Machtwissen" (Foucault 1977, S. 98). Dazu kommt, dass Gouvernementalität sich im Laufe der Zeit zunehmend auf ein „Regieren aus der Distanz" (Rose u. Miller 1992) spezialisiert hat, in dem Individuen durch „Selbsttechnologien" (Lemke 2000) dazu angehalten werden, sich im Rahmen der vorgegebenen Diskurse und Praktiken selbst zu regieren. Da Regieren somit wesentlich durch die Gewährung von Freiheiten wirkt, sind Subversion und Widerstand dem Regieren inhärent (Foucault 1977, S. 96).

Auf Basis dieser Gedanken lassen sich „Regime des Regierens" in den Blick nehmen und anhand von vier Dimensionen untersuchen (Dean 1999, S. 40–49). Dazu gehören:

- das von einer Gouvernementalität erzeugte *Feld der Sichtbarkeit*, das Auskunft darüber gibt, wie ein zu regierendes Problem fassbar gemacht und in Zeit und Raum organisiert wird;
- die *Technologien*, also alle praktischen Strategien, Prozeduren, Mittel, Mechanismen, Instrumente, Taktiken, physische Techniken oder Berechnungsweisen, die die Realität in ein regierbares Objekt verwandeln und dementsprechend auf sie einwirken;
- die *Rationalitäten*, die diese Technologien rationalisieren, legitimieren und mit Wissensformen denkbar machen;
- und die „Identitäten", die Subjektpositionen schaffen und die Individuen in die Lage versetzen, sich selbst zu regieren.

Foucaults Schriften zur Gouvernementalität haben eine reiches Forschungsprogramm inspiriert (Merlingen 2006; Rose et al. 2006). Sowohl internationale Umwelt- (Oels 2005; Bäckstrand u. Lövbrand 2006; Rutherford 2007; Death 2010) wie auch Entwicklungspolitik (Rojas 2004; Joseph 2010) ist fruchtbar aus dieser Perspektive analysiert worden. Im Folgenden wollen wir diese Forschungsstränge zusammenführen und untersuchen, wie durch verschiedene Gouvernementalitäten das Verhältnis von Umwelt und Entwicklung regierbar gemacht wird.

3. Die Genealogie von Umwelt und Entwicklung

In diesem Abschnitt entwerfen wir eine historische Kontrastfolie, gegen die sich die Besonderheit des heutigen Nachdenkens über den Zusammenhang von Klima und Entwicklung erst deutlich abzeichnet. Wir unterscheiden zwei genealogische Stränge dieses Diskurses. Der erste Strang blendet ökologische Fragestellungen weitgehend aus. Er war in der Entwicklungspolitik spätestens bis zum Aufkommen des Diskurses über nachhaltige Entwicklung dominant. Dieser Mainstreamdiskurs über Entwicklung lässt sich weit in das 19. Jahrhundert zurückverfolgen, wenn auch damals noch von „Zivilisation" und „Zivilisierung" statt „Entwicklung" die Rede war (Rojas 2001). Ausgehend von den privat-philanthropischen Interventionen in den (Post-)Kolonien entwickelte sich „Entwicklung" erst im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem ausgeprägten Paradigma internationaler Politik (Rojas 2004). Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Wiederaufbau Euro-

pas verbreitete sich die Ansicht, die wirtschaftliche und soziale Lücke zwischen armen und reichen Regionen könne und müsse geschlossen werden (Escobar 1995). Entwicklung wurde als teleologischer Prozess gedacht, der von Tradition zur Moderne führt und den alle Gesellschaften zu durchlaufen hätten (Rojas 2001, S. 579). Gleichzeitig wurde Entwicklung als ein nationales Problem konzipiert, indem länderbasierte Statistiken den (ausbleibenden) Entwicklungsfortschritt dokumentierten (Larner u. Walters 2002). Dieses regionale Denken schuf eine geopolitische Vision, in der die armen Regionen als Gegenpol zu den Industrieländern aufgefasst wurde (Slater 1997). Entscheidend ist: Die natürliche Umwelt bleibt in dieser Konzeption, wie in allen Fortschrittskonzepten der Moderne, eine zu vernachlässigende Größe. Sie tritt höchstens als natürliche Ressource auf, wie in der einflussreichen *Staple Theory of Economic Growth* (Watkins 1963).

Der zweite Strang lässt sich ähnlich weit zurückverfolgen. Der Historiker Mike Davis hat gezeigt, dass die „Geburt der Dritten Welt" in engem Zusammenhang mit klimatischen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gedacht werden muss (Davis 2005). Nur das Zusammenspiel von Imperialismus und Dürrekatastrophen könne demnach die Entstehung eines so großen Wohlstandsgefälles auf der Welt erklären. Davis stützt sich auf eine lange Tradition: Bereits Aristoteles oder Hippokrates nahmen an, verschiedene „Temperamente" seien durch Unterschiede im Klima zu erklären (Livingstone 2002, S. 160). David Hume, der schottische Philosoph, vertrat die Ansicht, Männer aus nördlichen Regionen würden eher dem Alkohol frönen, während man(n) sich im Süden eher der Liebe widme (Livingstone 2002, S. 163). Während Hume jedoch, wie auch seine Vorläufer, in erster Linie auf die Erklärung von Differenz zielten, entwickelte sich mit der Aufklärung zunehmend die Vorstellung, die sich aus klimatischen Bedingungen ergebenden Differenzen würden sich in natürlichen Hierarchien niederschlagen (Livingstone 2002, S. 173). Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein dominierte dieser Determinismus die euro-atlantische Geographie (z. B. einflussreich Huntington 1945). Das euro-atlantische Klima wurde zum physiologischen Optimum für menschliches Leben erklärt. Unterschiede in Entwicklungsstand und Zivilisationsniveau ergaben sich direkt aus der Abweichung von dieser Norm. Diese Aufteilung legitimierte den westlichen Imperialismus (Peet 1985) und unterfütterte selbst frühere Ansätze liberaler Entwicklungspolitik ideologisch (Tambe 2011).

Zu diesem seit der Aufklärung sichtbaren Umwelt-Determinismus gesellt sich ungefähr zur gleichen Zeit ein weiteres Umwelt-Entwicklung-Motiv: die Angst vor einer möglichen „Bevölkerungsexplosion", prominent vertreten von Thomas Malthus. Spätestens mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wird die Befürchtung populär, unkontrolliertes Bevölkerungswachstum in den „unzivilisierten" Weltregionen könne das Projekt der Moderne insgesamt untergraben. Auch dieser Diskurs brachte erste Versuche westlicher Entwicklungspolitik hervor, ausgehend von US-amerikanischen Philanthropen, mit dem Ziel, Bevölkerungskontrollen zu implementieren (Connelly 2008). Als in den 1960er Jahren das Thema „Umweltzerstörung" die Öffentlichkeit in den Industrieländern eroberte, setzte sich eine solche Argumentation zunehmend durch. 1962 erschien Rachel Carson's Bestsel-

ler Silent Spring, ein Jahrzehnt später der Bericht des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums. Ressourcenknappheit und die Abhängigkeit des Menschen von der Natur, die die Moderne bis dahin so erfolgreich aus ihrem Diskurs verbannt hatte, waren plötzlich wieder auf der Tagesordnung (Stavrakakis 2000). Von da war es nicht mehr weit zu der Frage, was passieren würde, wenn eine wachsende Weltbevölkerung einen westlichen Lebensstandard anstreben würde. Paul Ehrlichs Population Bomb malte das vermutete Problem einer globalen „Überbevölkerung" in drastischen Bildern und schuf damit ein Motiv, das sich bis heute in der ökopolitischen Diskussion finden lässt (Ehrlich 1968). Hier wird Entwicklung, verstanden als eine Anhebung des Lebensstandards nichtwestlicher Gesellschaften, zu einer massiven Bedrohung für die Umwelt. Die logische Schlussfolgerung daraus war die Idee der nichtmateriellen Entwicklung, die Ernst Friedrich Schumacher in seinem populären Slogan „Small is beautiful" zusammenfasste und damit eine Besinnung auf menschliche Grundbedürfnisse und eine Kultur des „Genug" forderte (Schumacher 1973).

3.1 Rio 1992: Nachhaltige Entwicklung als grüne Gouvernementalität

Im Juni 1972 hatte sich mit der UN Weltumweltkonferenz von Stockholm das Thema Umwelt als internationales Politikfeld etabliert, was sich unter anderem in der Einrichtung des UN-Umweltprogramms UNEP niederschlug. Und in diesem globalen Kontext setzte sich schließlich auch der Begriff Nachhaltigkeit durch. Seine Verwendung lässt sich bis in das 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Er meinte ursprünglich, dass ein Wald so bewirtschaftet werden soll, dass er langfristig vor Degradation geschützt wird (Tremmel 2003). Von hier wanderte der Begriff im Laufe der Jahrhunderte in die transnationale Forstwissenschaft und tauchte das erste Mal in den 1970er Jahren im entwicklungspolitischen Kontext auf. So forderten eine Reihe von afrikanischen Naturschutzkonferenzen eine Verbindung von Entwicklung und Naturschutz, welche eine „sustainable quality of life" ermögliche (O'Riordan 1993, S. 49). Die World Conservation Strategy von IUCN, UNEP und WWF stellte 1980 fest, „conservation and sustainable development are mutually dependent" (zitiert in Death 2010, S. 39). Vor diesem Hintergrund wird Nachhaltigkeit zum Schlagwort der World Commission on Environment and Development (WCED). Sie wurde 1984 auf Drängen des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar eingesetzt, um die entstehende Spannung zwischen Umwelt und Entwicklung zu bearbeiten. Unter dem Vorsitz der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland erarbeitete die Kommission den Bericht *Our Common Future,* der der entstehenden internationalen Umweltpolitik eine Ausrichtung am Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung" empfahl (Brundtland 1987). Aus diesem Bericht stammt auch die bis heute geltende Konsensdefinition: „sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs" (Brundtland 1987, S. 43). Im Laufe der 1980er Jahre gewann also der zweite Strang – jener, der Umwelt und Entwicklung miteinander verschränkt – relativ an Bedeutung gegenüber der Idee, Entwicklung wäre endlos möglich. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist eine Antwort auf die

wachsende Spannung zwischen beiden Strängen und schafft eine Synthese zwischen ihnen, die einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Umwelt- und Entwicklungspolitik einleitet.

Die WCED hatte verabredet, nach fünf Jahren das politisch Erreichte auf einem Folgetreffen zu überprüfen. Daraus wurde schließlich die *UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED)* 1992 in Rio de Janeiro, die sich zum bis dahin größten „Erdgipfel" aller Zeiten ausweitete. Mehr als 10.000 Delegierte und Beobachter kamen nach Rio, darunter Vertreter von 1.400 offiziell akkreditierten NGOs und Regierungsvertreter aus 183 Ländern. Auf dem Erdgipfel wurde die *Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung* verabschiedet, sowie zwei Rahmenkonventionen zu Biodiversität und Klimawandel (zu denen später noch eine über Desertifikation hinzukam), und eine Waldgrundsatzerklärung. Vor allem aber wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zur wegweisenden Formel für die Verbindung von Umwelt- und Entwicklungsproblemen definiert.

3.1.1 Grüne Gouvernementalität und liberale Biopolitik

Aus Perspektive der Analytik des Regierens lässt sich die Art und Weise, wie Umwelt und Entwicklung regierbar gemacht wurden, als liberale Biopolitik beschreiben. Foucault prägte den Begriff Biopolitik, weil die Bevölkerung ab dem 18. Jahrhundert erstmals nicht mehr als Summe von Individuen, sondern als ein lebender Körper aufgefasst wurde, der eigenen Gesetzmäßigkeiten, biologischen Prozessen und Funktionsprinzipien folgt (Foucault 2006b, S. 158). Mit der aufkommenden Statistik und Demographie konnte die Bevölkerung als eigenständige „Tatsache" beschrieben werden (Rose 2001). Ziel ist, die gesamte Gesellschaft auf den „ungefährlichen" Durchschnitt zu normalisieren, nicht aber direkt zu steuern oder gar zu dirigieren. Überträgt man dies auf die globale Ebene, so ist das Objekt des Regierens nicht mehr nur die Bevölkerung als Tatsache, sondern ihr Zusammenspiel mit den physischen und biologischen Subsystemen des Planeten (Luke 1999b, S. 122). Ziel einer liberal-biopolitischen Umweltpolitik sei daher „a more rational insertion of natural and artificial bodies into the machinery of global production" (Luke 1999a, S. 105). Luke und Rutherford (Rutherford 2007) haben für die Ausweitung der Biopolitik auf den gesamten Planeten den Begriff der „grünen Gouvernementalität" eingeführt. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Beschlüsse von Rio und insbesondere die Klimarahmenkonvention diese Gouvernementalität paradigmatisch verkörpern.

Damit Gouvernementalität global werden kann, braucht sie zunächst eine globale Problematisierung, innerhalb derer sie sich, analog zur nationalen Bevölkerung, entfalten kann (Methmann 2013). Das kombinierte Problemfeld von Umwelt und Entwicklung, welches von dem Diskurs der nachhaltigen Entwicklung bereitgestellt wird, basiert wesentlich auf der Idee einer globalen Umwelt. Während Entwicklungspolitik traditioneller Weise von einer Zweiteilung der Welt in Arm und Reich ausgeht, betont nachhaltige Entwicklung die Einheit der Welt, die vor gleichen Herausforderungen stünde (Death 2010, S. 37). Gerade die Entwicklungsaspirationen der sog. Entwicklungsländer passen nicht in diese „neue Reali-

tät" – sie werden angesichts der Beschränktheit der natürlichen Ressourcen grundsätzlich in Frage gestellt (Pupavac 2006, S. 262).

Die grüne Gouvernementalität stützt sich auf die entstehenden „earth system sciences" (Lövbrand et al. 2009). Diese bringen die Umwelt zunächst als bedroht und schutzbedürftig hervor, sie erzeugen „eco-knowledge" (Luke 1999a, S. 110). Das „earth system" wird dabei als komplexes, gekoppeltes human-ökologisches System begriffen, das wissenschaftlich erforscht und schließlich umfassend begriffen werden kann (Lövbrand et al. 2009). Neue globale Forschungsprogramme wurden aufgelegt (Uhrqvist 2013), und neue Technologien wie Satellitenüberwachung eingeführt (Litfin 1998), um „sichere Korridore" der globalen Umweltnutzung zu berechnen, die „gefährliche" Störungen des globalen human-ökologischen Systems vermeiden. In der liberalen Biopolitik sollen Foucault zufolge die negativen Elemente der Zirkulation nicht etwa komplett ausgemerzt werden, sondern lediglich auf ein gerade noch akzeptables und damit volkswirtschaftlich optimales Niveau gesenkt werden (Foucault 2006b, S. 37). So legt zum Beispiel die auf dem Erdgipfel formulierte Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in Artikel 2 das Ziel fest,

> „die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann." (UNFCCC 1995, Artikel 2).

Die Politik ist dabei in besonderer Weise von Expertenwissen abhängig. Experten generieren Zielvorgaben, deren Einhaltung staatlich überwacht wird. Globale Gipfel werden somit zur Brücke, von der aus sich das „Raumschiff Erde" auf Basis der „earth system sciences" präzise steuern lässt – so zumindest die Hoffnung. Zum anderen werden aber auch die Bevölkerungen im globalen Süden daraufhin überwacht, ob sie sich zu einer Gefahr für die globale Umweltsicherheit und damit auch für die nationale Sicherheit der Industrieländer entwickeln könnten. Von manchen Staaten wie den USA unter Bill Clinton wurde Umweltpolitik eine Zeit lang sogar offiziell als „environmental security" in die Außen- und Sicherheitspolitik integriert, als eine Strategie, nationale und internationale Sicherheit herzustellen (Luke 1999b, S. 123).

3.1.2 Konsequenzen für Umwelt und Entwicklung

Die Verbindung von ökologischer und Entwicklungsproblematik im Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat für beide Bereiche entscheidende Konsequenzen. Einerseits verhilft nachhaltige Entwicklung der Idee des grünen oder nachhaltigen Wachstums zum Durchbruch. Nach den Grenzen des Wachstums, die bis dahin die ökologische Kritik dominierten, ist jetzt das Wachstum der Grenzen das dominierende Ziel (Brand 2010). Umweltpolitik soll zum einen die Umwelt schützen. Viel mehr aber noch müssten dem Umweltschutz Grenzen gesetzt werden, d. h.

dass er auf keinen Fall Ausmaße annehmen darf, die das Wirtschaftswachstum gefährden. In diesem Sinne geht es um die Festlegung eines sicheren Korridors: Wirtschaftswachstum soll weder von Umweltzerstörung noch von Umweltschutz bedroht werden. Damit war die Grundannahme, nämlich das Wirtschaft und Gesellschaft wachsen können, im Wesentlichen rehabilitiert – zumindest wenn Entwicklung den Pfad der Nachhaltigkeit einschlüge (Carruthers 2001, S. 100). Im Endeffekt setzt sich mit Rio also ein Konzept von Umweltpolitik durch, dass wesentliche Grundpfeiler etablierter Macht- und Herrschaftsstrukturen unangetastet lässt (Spehr 1996). Ursprünglich als wachstums- und kapitalismuskritisches Projekt gestartet, steht jetzt die ökologische Modernisierung des Kapitalismus im Zentrum der Umweltpolitik (Eblinghaus u. Stickler 1996, S. 161).

Dies hat auch entscheidende Implikationen für den Bereich der globalen Entwicklungspolitik. War die vorherige Vorstellung von Entwicklung im Süden noch von der Idee einer universalen Teleologie geprägt, setzen die erkannten ökologischen Grenzen des Planeten dieser Idee nun ein Ende:

> „Rather than reducing the life-chance gap between the developed and underdeveloped worlds, sustainable development is better understood as a means of containing the latter." (Duffield 2007, S. 68)

Wenn die grundlegenden Pfeiler des Wohlstandsmodells im Norden nicht verändert werden dürfen, muss im Süden gekürzt werden (Pupavac 2006, S. 260). Nachhaltige Entwicklung führt somit die neue Idee des „non-material development" a la Small is Beautiful in die entwicklungspolitische Diskussion ein. Anstatt eines „one size fits all"-Ansatzes wird im Süden Subsistenzwirtschaft und Eigenverantwortung in den Vordergrund gestellt (Pupavac 2006, S. 261; Duffield 2007, S. 115). Aus der planetarischen Perspektive der nachhaltigen Entwicklung erscheint Entwicklung schließlich als globale Problematisierung – als „the representation of poverty in a global space" (Rojas 2004, S. 106). Hiermit wird die Entwicklungs-Gouvernementalität global und erscheint damit als ein globaler Raum, der sich wesentlich auf die Idee eines planetarischen sozio-ökologischen Systems zurückführen lässt. Schließlich erhält mit dem Subsistenz-Gedanken auch die Idee des „Regierens aus der Distanz" Einzug in die entwicklungspolitische Diskussion. Umwelt und Entwicklung werden zu einem globalen gouvernementalen Raum, in dem liberale Technologien des Regierens dominieren. Es bleibt jedoch festzuhalten: Indem die liberale Biopolitik der Umwelt deutlich stärker auf Überwachung, Kontrolle und Intervention setzt, wird in der Entwicklungspolitik nachhaltige Entwicklung durch die Betonung von Eigenverantwortung bereits stärker aus der Distanz gedacht.

3.2 Kyoto und Johannesburg: Fortgeschrittener Liberalismus auf dem Vormarsch

In der folgenden Dekade bis zum Rio-Folgegipfel in Johannesburg 2002 wurde diese Distanz des Regierens von Umwelt und Entwicklung weiter vergrößert. Wir argumentieren hier, dass liberale Biopolitik zwar als Fundament bestehen geblieben ist, jedoch eine neue gouvernementale Schicht im Bereich Umwelt und Ent-

wicklung entstanden ist, die besser mit Foucaults Konzept des fortgeschritten liberalen Regierens beschrieben werden kann (Oels 2005, S. 199–200). Fortgeschritten liberales Regieren ist eine neoliberale Gouvernementalität, die ein diagnostiziertes Staatsversagen durch die Einführung neuer Märkte und neuer Marktinstrumente zu kompensieren versucht – die Ökonomie ist hier nicht nur Gegenstand, sondern zugleich Maßstab und Vorbild des Regierens (Dean 1999, S. 149–174). Dies ist auch der prägende Unterschied dieser Phase der internationalen Umweltpolitik: während bereits in der liberalen Biopolitik der Fortbestand der ökonomischen Zirkulation im Zentrum stand, werden hier auch die Rationalitäten und Techniken des Regierens „ökonomisiert". Dieser Wandel lässt sich an zwei prägenden politischen Ereignissen festmachen: dem 1997 beschlossenen Kyoto-Protokoll und dem Johannesburg-Gipfel von 2002.

Ausgehend von der Diagnose des Staatsversagens breitete sich in den 1980er und 1990er Jahren der Neoliberalismus über weite Teile der Welt aus (Harvey 2005). Aus Foucaultscher Perspektive regiert der Neoliberalismus jedoch nicht, wie oft behauptet, weniger, sondern stärker aus der Distanz (Larner 2000) – gleichsam eine „De-Gouvernementalisierung des Staates" (Rose 1996). Fortgeschritten liberales Regieren ist eine Gouvernementalität, die nicht mehr die gesamte „Gesellschaft" adressiert, sondern Untergruppen wie Familien, Gemeinschaften, Nutzergruppen und Nachbarschaften zur Mitwirkung an der Lösung ihrer Probleme mobilisiert (Dean 1999, S. 152). Fortgeschritten liberales Regieren setzt dabei noch stärker auf Freiheit. „Freiheitstechnologien" wie Partnerschaften, Verträge und partizipative Prozesse bringen Subjekte überhaupt erst als „freie" und „handlungsfähige" Akteure des Regierens hervor (Dean 1999, S. 167–168). Die so hervorgebrachte Freiheit wird dann in die gewünschten Bahnen gelenkt, beispielsweise durch Rankings, Best Practice Standards, Benchmarking, Leistungsindikatoren und Qualitätskontrolle – sog. „Performanztechnologien" (Dean 1999, S. 168–170). Insbesondere Märkte oder Quasi-Märkte verbinden Performanz mit Freiheit, indem sie eine Wettbewerbssituation schaffen, in der die „freien" Subjekte sich selbst im Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit optimieren (Dean 1999, S. 160). In der Umweltpolitik ganz allgemein schlug sich die Gouvernementalität des fortgeschritten liberalen Regierens in einer schwachen Form der ökologischen Modernisierung (Hajer 1995; Dryzek 2005) nieder. Ökologische Modernisierung erklärte die Ökonomie zur Leitwissenschaft der Umweltpolitik. Sowohl die Entstehung als auch die Beseitigung von Umweltproblemen wurde zu einer Frage des „richtigen" Preises von Umweltnutzung erklärt (Hajer 1995, S. 31). Ökologische Modernisierung beschreibt die Umweltkrise zudem als Chance für Innovation und Erneuerung des kapitalistischen Systems, daher der Begriff der Modernisierung (Hajer 1995, S. 32). Zugleich wurde die systemische Herangehensweise der Ökologie zur neuen Brille, mit der Umweltprobleme als vernetzte Problemlagen verstanden werden sollten, für die über verschiedene Teildisziplinen hinweg „integrierte" Lösungen gefunden werden sollten.

3.2.1 Das Kyoto-Protokoll als fortgeschritten liberale Regierung des Klimawandels

Das mitten in der Hochzeit der ökologischen Modernisierung beschlossene Kyoto-Protokoll von 1997 kann als ein klarer Fall fortgeschritten liberalen Regierens analysiert werden (Oels 2005, S. 199–200). Nicht mit einer wirksamen Sanktionsinstanz ausgestattet, ist das Kyoto-Protokoll ein klassisches Beispiel für einen Vertrag aus dem Spektrum der Freiheitstechnologien, der die Vertragsstaaten zunächst als „verantwortliche" Akteure der Klimapolitik hervorbringt. Die jährlich stattfindenden Vertragsstaatenkonferenzen (COPs bzw. MOPs) können als deliberative Räume gelesen werden, die nationale Regierungen erst als „freie" und „verantwortliche" Akteure der Klimapolitik hervorbringen. Zugleich kommen jedoch Performanztechnologien zum Einsatz. Die Freiheit der Vertragsstaaten wird eingeschränkt durch die klar quantifizierten Emissionsreduktionen im Kyoto-Protokoll, die eine Form der Zielvereinbarung darstellen. Im Hinblick auf die Zielerreichung einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 5,2 Prozent wird von allen Vertragsstaaten verlangt, regelmäßig Treibhausgasinventare sowie Angaben zur Klimapolitik des Landes beim Sekretariat des Kyoto-Protokolls und der Klimarahmenkonvention abzugeben. Durch die so erzeugte Transparenz und durch einen möglichen Vergleich der Anstrengungen verschiedener Nationalstaaten wird eine disziplinierende Wirkung auf die Vertragsstaaten ausgeübt. Für Nichtregierungsorganisationen stellen diese „offiziellen" Fortschrittsberichte einen reichen Fundus für ihr öffentliches Shaming und Blaming dar.

Das Klima als ursprünglich global-biopolitisches Problem wird so wieder territorialisiert, und die Verantwortung für Emissionen geht auf die einzelnen Nationalstaaten über (Lövbrand u. Stripple 2011, S. 192). Dies ist schließlich die Voraussetzung dafür, dass sich die fortgeschritten liberale Strategie der Performanz entfalten kann. Flexibilität bei der Zielerreichung wird vor allem durch den im Kyoto-Protokoll eingeführten Markt für projektgebundenen und zertifikatebasierten Emissionshandel ermöglicht. Dabei gilt die Maxime, dass Emissionen am besten dort eingespart werden sollen, wo sie am preisgünstigsten erzielt werden können (Lutes 1998, S. 165). Finanzieren Industrieländer Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern, werden ihnen im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) Emissionseinsparungen gutgeschrieben; ein ähnliches Verfahren zwischen Industrieländern bietet der Mechanismus der Joint Implementation. Diese Dezentralisierung des zu regierenden Feldes ist tendenziell nach unten offen. Selbst die Stadt (Slocum 2004) oder das individuelle Emissionsbudget (Paterson u. Stripple 2010) können mit einer solchen Kombination aus Freiheit und Performanz regierbar gemacht werden.

Durch die vertragliche Bindung an ein Emissionsreduktionsziel, die Flexibilität bei der Erfüllung der Reduktionsziele und die Berichtspflicht werden die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention und des Kyoto Protokolls zu „kalkulierenden" Akteuren (gemacht), die Kosten und Nutzen von Klimaschutzmaßnahmen sorgfältig abwägen und dann eine „verantwortungsbewusste" Entscheidung treffen. Das Kyoto-Protokoll stellt jedoch auch ein gutes Beispiel dar, dass Regieren und Subjektivierung nicht immer gelingen muss. Dass nur ein Teil der Staaten sich überhaupt an die Vorgaben des Kyoto-Protokolls hält (UNEP 2010), ist ein deut-

liches Indiz dafür, dass das Kyoto Protokoll geringe Bindungswirkung zu entfalten scheint. Ein noch komplexeres Bild von Macht und Widerstand bietet jedoch der Clean Development Mechanism (Methmann 2013). Der CDM soll durch Projekte auf der lokalen Ebene Umwelt- und Entwicklungsanspruch miteinander verbinden. Projekte, die einen Zusatznutzen für das Klima geltend machen können, generieren Zertifikate, die auf internationalen Märkten gehandelt werden können und somit einen zusätzlichen Anreiz zur Verwirklichung klimafreundlicher Entwicklung schaffen. Doch kurz gesagt sind selbst die Befürworter des CDM wie die Weltbank skeptisch, dass dieses Ziel gegenwärtig erreicht wird (Weltbank 2010, S. 265–266). Nur eine geringe Zahl der existierenden Projekte fördert „nachhaltige Entwicklung" (Olsen 2007). Die meisten Projekte reduzieren nicht einmal wirklich Treibhausgasemissionen (Gilbertson u. Reyes 2009). Damit zeigt sich, dass das Regieren durch Freiheit eben immer auch die Möglichkeit bietet, dass Subjekte diese Freiheit nicht im Sinne der Gouvernementalität nutzen.[2]

3.2.2 Johannesburg und die Entwicklungspartnerschaft

Dass der Wandel in der Gouvernementalität, den wir am Beispiel Kyoto für die engere Klimapolitik beschrieben haben, auch insgesamt im Feld der nachhaltigen Entwicklung zu verzeichnen ist, lässt sich paradigmatisch am Rio-Jubiläumsgipfel ablesen, der 2002 in Johannesburg stattfand: der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development, WSSD). Die Veranstaltung wurde zum Mega-Event, das die Dimensionen des Erdgipfels noch einmal übertraf: Es versammelten sich mehr als 22.000 Delegierte von Regierungen, Wirtschaft und NGOs, darunter Regierungsvertreter aus 190 Ländern und 100 Staats- und Regierungschefs.

Carl Death (Death 2010) zeigt eindrücklich, wie der Gipfel die Durchsetzung einer fortgeschritten liberalen Gouvernementalität in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik markiert. Im Vorfeld des Gipfels waren zwei verschiedene Arten von Ergebnissen diskutiert worden: „Type 1" beinhaltete ein umfassendes, multilaterales, rechtsverbindliches Abkommen – einen „global Deal". „Type 2" setzt auf sektorspezifische, dezentrale, freiwillige Partnerschaften zwischen Regierungen, Privatsektor und NGOs. Zwar wurde im Endeffekt beides beschlossen. Doch „Type 1" wurde zum unverbindlichen Plan of Implementation. „Type 2" hingegen war das prominente und und prägende Ergebnis des Gipfels; so sehr, dass Kofi Annan am Ende eine neue „Ära der Partnerschaften" ausrief. Und die „Type 2" Ergebnisse des Gipfels sprechen die Sprache des fortgeschrittenen Liberalismus (Death 2010, S. 84), wie wir sie weiter oben am Beispiel des Kyoto-Protokolls schon beschrieben haben. Das Feld der Sichtbarkeit wird deutlich eingeengt auf das individuelle Projekt, das im Rahmen einer Partnerschaft verwirklicht werden soll (Death 2010, S. 71–72). Die größeren strukturellen Zusammenhänge

2 Ein solches Scheitern muss jedoch nicht immer den eigentlichen Zielen von Regieren widersprechen. Das Ziel nachhaltiger Entwicklung ist ja, wie argumentiert wurde, das Wohlstandsmodell im Norden aufrecht zu erhalten – Fehlschläge in der Emissionsreduktion müssen dem nicht unbedingt widersprechen. Siehe hierzu ausführlicher (Methmann 2013).

von Armut und Umwelt treten in den Hintergrund. In gleichem Maße lassen sich Partnerschaften als fortgeschritten liberale Freiheits- und Performanz-Technologien beschreiben (Death 2010, S. 77–80). Diese bringen Staaten, NGOs und die Wirtschaft als freie und eigenverantwortliche Subjekte hervor, deren rationales Verhalten – in richtige Bahnen gelenkt – zur optimalen Lösung der globalen Probleme führen soll. Oft bauen diese Partnerschaften auf den Marktmechanismus. Und weil Partnerschaften hauptsächlich privates Kapital mobilisieren wollen, wird die „earth systems science"-Rationalität zusehends von ökonomischen Kosten-Nutzen-Erwägungen ersetzt (Death 2010, S. 74–76.) Als Konsequenz für den Zusammenhang von Umwelt- und Entwicklungspolitik ergibt sich daraus, dass Johannesburg den vorläufigen Höhepunkt einer fortgeschritten liberalen Gouvernementalität markierte.

3.2.3 Konsequenzen für Umwelt und Entwicklung

Carl Death diagnostiziert drei Folgen dieses Wandels hin zu einem fortgeschritten liberalen Regieren von Umwelt und Entwicklung. Zum einen geraten durch den Fokus auf sektorale Projekte, die durch Partnerschaften entstehen, komplexere strukturelle Zusammenhänge aus dem Blick: „poverty is presented as a regrettable fact rather than a consequence of any causal conditions and events" (Blowfield u. Frynas 2005, S. 510–511). Entwicklung wird damit vom sozio-ökononomischen zum individuellen Problem, und Freiheit und Autonomie rücken in den Vordergrund (Chandler 2012, S. 115). Gleichzeitig wird der gesamte Problemkomplex hauptsächlich unter ökonomischen Vorzeichen verhandelt: die fortgeschritten liberale Weltwirtschaftsordnung, die seit den 80ern auch in der Entwicklungspolitik handlungsweisend wird, erfährt dadurch erneute Legitimation (Rutherford 2003). Schließlich werden transnationale Unternehmen als entscheidende und verantwortlich handelnde Akteure in der Entwicklungspolitik positioniert.

Unter dem Strich lässt sich feststellen, dass die fortgeschritten liberale Gouvernementalität, die mit Kyoto und Johannesburg in die Umweltpolitik Einzug erhält, deutlich mit bereits etablierten Praktiken der globalen Entwicklungspolitik korreliert. Das Konzept der „Partnerschaften" beispielsweise findet sich zu Beginn des neuen Jahrtausends auch prominent in der Entwicklungszusammenarbeit wieder. Wie Rita Abrahamsen (Abrahamsen 2004) am Beispiel der New Partnership for Africa's Development (NEPAD) und der Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) zeigt, werden Entwicklungsländer durch diese Instrumente selber für ihre Entwicklung verantwortlich gemacht – ein klassiches Beispiel für das Regieren aus der Distanz (Rojas 2004).

3.3 Ökopolitik der Apokalypse

Eine erneute Transformation und damit eine neue Schicht der Gouvernementalität im Bereich Umwelt und Entwicklung beginnt sich im Zuge der neueren Klimadebatte abzuzeichnen. In den vergangenen Jahren macht sich in der entwicklungspolitischen Szene – sowohl in der offiziellen Entwicklungspolitik wie auch in der Zivilgesellschaft – vermehrt die Besorgnis über den Klimawandel breit, der beste-

hende Entwicklungsprobleme zu verschärfen droht (Oxfam 2009; Weltbank 2010). Wir haben Publikationen von NGOs und IOs, die sich diesem Thema widmen, einer Gouvernementalitätsanalyse unterzogen, um die Sichtbarkeiten, Rationalitäten, Technologien und Subjektivitäten herauszuarbeiten, die durch diesen neueren Klima-Entwicklungsdiskurs hervorgebracht werden.[3] Hintergrund ist die neue Prominenz des Klimathemas in der öffentlichen Debatte. Roland Emmerichs *The Day After Tomorrow* in 2004, der Hurrikan Katrina 2005, der *Stern Report* 2006 und Al Gore's *Inconvenient Truth* 2006, und schließlich der vierte Sachstandsbericht des IPCC 2007 sind nur einige der Höhepunkte, die die neue Prominenz des Klimathemas symbolisieren. Dabei ist der Klimawandel mehr und mehr zu einem Symbol für alle anderen Umweltprobleme geworden.

3.3.1 Sicherheit und Risiko

Entscheidendes Merkmal ist dabei, dass der Klimawandel – gerade in Verbindung mit Entwicklung – zunehmend als Sicherheitsproblem aufgefasst wird (Oels 2013). Diese Idee lässt sich bis in die 80er Jahre zurückverfolgen und speist sich aus einem neo-malthusianischen Diskurs (Hartmann 2010). Die öffentliche Besorgnis über „Klimakriege" (Welzer 2008) oder „Klimaflüchtlinge" (Myers 1997) führt dazu, dass Klimawandel in den Jahren 2007, 2011 und informell auch 2013 Thema im UN-Sicherheitsrat wurde. Die Prominenz dieser dritten Schicht speist sich also hauptsächlich aus einer „Versicherheitlichung" der Klimapolitik. In diesem Abschnitt zeigen wir, dass diese Debatte einer Gouvernementalität zum Durchbruch verhilft, die man mit dem Begriff Ökopolitik der Apokalypse treffend beschreiben kann.

Bereits Foucault hat in seinen Vorlesungen zur Gouvernementalität darauf hingewiesen, dass „Regieren" sich in westlichen Gesellschaften in den „Sicherheitsdispositiven" materialisiert (Foucault 2006b, S. 162). Damit bezieht er sich aber nicht auf die klassischen Sicherheitsinstitutionen wie Militär und Polizei, sondern meint all „die Praktiken und Institutionen die das optimale und einwandfreie Funktionieren der ökonomischen, biologischen und sozialen Prozesse [einer Gesellschaft; CM & AO] sicherstellen und somit auch das Gesundheitswesen, die Sozialpolitik oder das Bildungssystem umfassen" (Ewald 2002; Aradau u. van Munster 2007, eigene Übersetzung). Das andere Extrem wird von der Vorstellung markiert, dass Risiken trotz allem nicht zu vermeiden seien und wir lernen müssten, mit dem Risiko zu leben. Weil wir nicht wissen, wann und wo das Risiko zur Katastrophe werden könnte, benötigen wir eine „culture of preparedness" (Collier u. Lakoff 2008). Insbesondere das Konzept der „Resilienz" ist zu einem prominenten Schlagwort geworden (Coaffee u. Wood 2006). In diesem Sinne werden Schocks sogar als Vorteil gewertet, weil sie Leben zur Anpassung herausfordern und ihm damit eine Verbesserung seiner selbst ermöglichen (zur Kritik daran siehe Evans u. Reid 2013). Die Konzepte von Vorsorge und Resilienz stammen aus der wissenschaftlichen Disziplin der Ökologie. Das „Vorsorgeprinzip" hat eine lange Tradition in der europäischen Umwelt-

3 Eine ausführliche Ausarbeitung der Analyse bietet (Methmann 2012).

politik und findet sich in der Agenda 21 wieder, die 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet wurde, kann aber bis in die Forstwirtschaft des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt werden (Aradau u. van Munster 2007, S. 102–103). Genauso ist der Begriff der „Resilienz" ein Konzept aus der Ökosystemforschung (Bourbeau 2013). Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, diese Gouvernementalität als Ökopolitik der Apokalypse zu bezeichnen. Ökopolitik, weil sich seine gouvernementale Rationalität aus ökologischem Gedankengut speist. Apokalypse, weil sie stets mit der drohenden Katastrophe rechnet, die weite Teile der Welt verwüsten könne (zum Begriff der Apokalypse s. Methmann u. Rothe 2012). Dieses Deutungsmuster wird auch im Zuge der aufkommenden Debatte um Klima und Entwicklung höchst relevant.

3.3.2 Die Klimatisierung der Entwicklungspolitik

Ein prägendes Motiv des neueren Klima-Diskurses ist die Vorstellung eines antagonistischen Verhältnisses zwischen Menschheit und gefährlichem Klimawandel. Letzterer wird als externe, nahezu apokalyptische Bedrohung des Planeten aufgefasst und gleichzeitig für eine ganze Reihe von globalen Problemen verantwortlich gemacht (Methmann u. Rothe 2012). So schrieb UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz:

> „Climate change threatens markets, economies and development gains. It can deplete food and water supplies, provoke conflict and migration, destabilise fragile societies and even topple governments." (Ban 2009, S. 6)

Der Klimawandel reiht sich damit nicht nur in eine ganze Reihe globaler Großprobleme ein, sondern wird zur 'defining challenge of our age' (Ban 2007). Und somit wird der Klimawandel auch zur fundamentalen Bedrohung für Entwicklung. Die *Up in Smoke Coalition*, ein Zusammenschluss von britischen Umwelt- und Entwicklungs-NGOs, behauptet zum Beispiel:

> „After a decade of UN conferences designed to end poverty and save the global environment, disasters – driven or exacerbated by global warming – could spell out the end of human development for the poor majority, and perilous political and economic insecurity for the rest of the world." (Up in Smoke Coalition 2004, S. 20)

Diese Sicht wird auch von den relevanten internationalen Organisationen geteilt. Interessanter Weise ist hier selten die Rede davon, dass die Politik zur Erreichung dieser Ziele mangelhaft ist. Stattdessen werden globale „Krisen" – unter ihnen prominent gelistet der Klimawandel – zu den Haupthindernissen für ihre Verwirklichung (United Nations 2010, S. 3). Die Frage nach Ursachen von Armut und Unterentwicklung erscheint irrelevant neben der apokalyptischen Bedrohung, die der Klimawandel darstellt.

Das Risiko des globalen Klimawandels wird nun als unbeherrschbar und unvorhersagbar dargestellt. Es wird zwar davon ausgegangen, dass Entwicklung schon immer mit gewissen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Krieg und Gewalt, volatilen Märkten oder eben klimatischen Veränderungen behaftet war

(UNDP 2007, S. 78). Die dominante Wahrnehmung des Klimawandels als potentiell katastrophal und nicht vorhersagbar ist demgegenüber qualitativ neu. Sie zerstört die Phantasie, dass der Klimawandel sich auf der Grundlage von Expertenwissen steuern lassen könne. Diese Wahrnehmung entzieht sowohl dem traditionellen Management von Risiken die Grundlage wie sie Entwicklung insgesamt in Frage stellt. „People's livelihoods", folgert die Weltbank paradigmatisch, „need to function under conditions that will almost certainly change but cannot be predicted with certainty" (Weltbank 2010, S. 87). Sie erklärt „uncertainty about the future climate" zum größten Problem der humanitären Entwicklungshilfe (Weltbank 2010, S. 100).

Diese doppelte Veränderung der Risikokonstruktion des Klimawandels – apokalyptische Dimensionen, unkalkulierbare Folgen – macht schließlich auch den ganz klassischen Weg, Risiken zu regulieren, obsolet: die Versicherung. Schäden durch den Klimawandel seien potenziell nicht versicherbar, weil sie zu groß und zu unkalkulierbar seien (Weltbank 2010, S. 102). Stattdessen rückt das Konzept der Resilienz als politische Technologie in den Mittelpunkt. Resilienz ist skeptisch gegenüber zentralistischer Planung und Management und propagiert „adaptive emergence" (Dillon 2008, S. 315). Und Resilienz rückt in den Fokus der Entwicklungspolitik, sobald der Klimawandel die Bühne betritt:

> „Climate change impacts are affecting the poorest groups of people the most, so building resilience through community based adaptation in vulnerable and poor communities is crucial." (Global Humanitarian Forum 2009, S. 70)

Ein Beispiel dafür findet sich laut Weltbank im Katastrophenschutz: „the focus [of its policy; CM & AO] is shifting from coping with disaster events to forward looking disaster risk management and toward preventive rather than reactive measures" (Weltbank 2010, S. 99). Aus Perspektive der Resilienz muss es also in erster Linie darum gehen, die vom Klimawandel Betroffenen selbst in die Lage zu versetzen, mit den Folgen der globalen Erwärmung umzugehen.

Dies spiegelt auch die für die Ökopolitik der Apokalypse charakteristische Auffassung wieder, „Leben" wäre ein informationelles System (Dillon 2007). Die lokalen Gemeinschaften werden zu einem System kleinster Einheiten, deren adaptive Emergenz durch die Schaffung von Informationskanälen gefördert wird. Informationen werden damit buchstäblich zu den Lebenszeichen jener Gemeinschaften, die sich einem gefährlichen Klimawandel gegenübersehen.

> „Engaging communities in preparedness and emergency communication protects their livelihoods. For example, in Mozambique communities along the Búzi River use radios to warn communities downstream of flooding." (Weltbank 2010, S. 100).

Verantwortung für den Katastrophenschutz verlagert sich damit auf die kommunale und individuelle Ebene. Im Kern geht es bei Resilienz also darum, die Armen in die Lage zu versetzen, selbst mit dem Klimawandel klarzukommen. Verantwortung wird dezentralisiert (Weltbank 2010, S. 92). Dies wiederum ist anschlussfähig an die fortgeschritten liberalen „technologies of agency", die Dean beschreibt (s. o.). Und das ist genau die Ambition, die die Weltbank mit ihrem Slogan „hel-

ping people to help themselves" (Weltbank 2010, S. 87) beschreibt und damit Resilienz an das alte EZ-Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zurückbindet. Hieraus ergeben sich auch die Identitäten, mit denen die Ökopolitik der Apokalypse operiert. Durch das gesamte Sample untersuchter Dokumente hinweg ist es die Aufgabe der Entwicklungspolitik, „flexible, resilient communities" (Weltbank 2010, S. 87) zu schaffen.

3.3.3 Konsequenzen für Umwelt und Entwicklung

All dies soll letztendlich nicht bedeuten, dass die EZ sich mit dem Wandel zu einer Ökopolitik der Apokalypse selbst überflüssig macht – im Gegenteil. Dies lässt sich gut an der Renaissance der ländlichen Entwicklung zeigen, die lange Jahre ein Schattendasein geführt hat und in den letzten Jahren wieder vermehrt in den Blick der EZ gerückt ist (Weltbank 2008). Die Förderung und Diversifizierung der Landwirtschaft wird hier nämlich gerade als eine Option staatlichen Handelns gesehen, um Menschen fit für den Umgang mit einem sich wandelnden Klima zu machen. Landwirtschaft als Grundversorgung erhöht Resilienz, ist aber kein Selbstläufer. Sie braucht aber natürlich z. B. Investitionen in "sustainable technologies that increase the productivity, stability, and resilience of production systems" (Weltbank 2008, S. 158). Und genau dies ist die Aufgabe der EZ. Damit schließt sich nun auch der Kreis zur Betonung der Selbstverantwortung im Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das in Rio Einzug erhalten hat. Armut wird umgedeutet in Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel. Und dies verändert den Fokus der Entwicklungspolitik insgesamt: Statt der Modernisierung der Länder des Südens wird durch Subsistenzlandwirtschaft die Resilienz gegenüber dem Klimawandel gestärkt (Chandler 2012, S. 126). Gerade im Bereich der Anpassung an den Klimawandel setzt die Ökopolitik der Apokalypse eine Form des Regierens durch, die eng mit dem fortgeschrittenen Liberalismus verwandt ist. Während sich letzterer jedoch hauptsächlich auf ökonomisches Gedankengut stützt, so dass der Markt zum Vorbild für die Politik wird, ist es hier die wissenschaftliche Disziplin der Ökologie, die zum Fundament der Gouvernementalität von Umwelt und Entwicklung wird. Deswegen könnte man im Ergebnis auch von einer doppelten Ökologisierung der Entwicklungspolitik sprechen: Nicht nur wird Entwicklung zusehends mit Umwelt verknüpft; auch ihre gouvernementale Rationalität ökologisiert sich, indem sie auf Konzepte der Nachhaltigkeit, Vorsorge und Resilienz trifft.

4. Fazit

Im Juni 2012 fand in Rio de Janeiro der Rio+20 Gipfel statt. Im Vorfeld hatte UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon erneut eine Expertenkommission einberufen, das High-level Panel on Global Sustainability unter Leitung von Südafrikas Präsident Jacob Zuma und der finnischen Präsidentin Tarja Halonen. Ziel war es, eine *road map* für einen Weg zur globalen Nachhaltigkeit in Vorbereitung auf den Rio+20 Gipfel zu entwerfen. Der Report der Kommission trägt den Titel *Resilient People, Resilient Planet: A Future Worth Choosing* (HLPGS 2012). Er unterstreicht das Argument, welches wir auf den vorhergehenden Seiten entwickelt haben, eindrück-

lich: Die Sorge um ökologische Bedrohungen ist im Herzen der Entwicklungspolitik angekommen. Über mehrere Stationen hat sich eine Gouvernementalität von Umwelt und Entwicklung auf globaler Ebene herausgebildet, die beides zunehmend aus der Distanz zu regieren versucht. Mit dem Erdgipfel von Rio 1992 hat sich dabei eine Zweiteilung der Welt etabliert: Der Norden kann mit Hilfe technologischer Entwicklung und grüner Märkte grundlegende gesellschaftliche und ökonomische Strukturen unangetastet lassen. Der Süden hingegen wird auf die „small is beautiful"-Agenda von Nachhaltigkeit und Resilienz verpflichtet. Dies ist genau die Botschaft, die auch vom HPGS-Report ausgeht: Grüne Märkte und Technologien für den Norden, Resilienz und Selbstverantwortung für den Süden (HLPGS 2012, S. 6–7).

In dieser Aufschichtung und Verfeinerung verschiedener Gouvernementalitäten, die mit Rio 1992 beginnt und mit Rio 2012 ihren vorläufigen Höhepunkt findet, lässt sich als eine doppelte Ökologisierung der Entwicklungspolitik beschreiben: Zum einen verschmelzen Umwelt und Entwicklung zu einem gemeinsamen Politikfeld. Zum anderen wird ökologisches Gedankengut – Nachhaltigkeit, Resilienz, Vorsorge – zur dominanten Rationalität dieses Feldes. Die Nähe dieser ökologischen Rationalität zu fortgeschritten liberalen Rationalitäten ist besonders vor dem Hintergrund einer Legitimationskrise des Neoliberalismus auf verschiedenen Ebenen relevant. Nicht erst mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist der Rückbau des Staates und die Deregulierung und Schaffung von Märkten in die Krise geraten. Auch Nicholas Sterns Diktum, der Klimawandel sei „das größte und weitreichendste Marktversagen aller Zeiten" (Stern 2007, S. i), die Abkehr des IWF von der reinen Lehre der Strukturanpassung oder die Zurückweisung neoliberaler Politiken in Lateinamerika – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – verdeutlichen diese Legitimationskrise der ökonomischen neoliberalen Rationalität (Grugel u. Riggirozzi 2012). Ohne einen direkten Zusammenhang herstellen zu wollen, vermuten wir jedoch eine starke Resonanz der hier beschriebenen doppelten Ökologisierung der Entwicklungspolitik: In einer Zeit, in der ökonomische Legitimationsmuster für fortgeschritten liberales Regieren in der Krise sind, kann die Gouvernementalität, die wir hier als Ökopolitik der Apokalypse beschrieben haben, zusätzliche Legitimationsressourcen für eine solche Politik bereitstellen.

Diese Diagnose muss allerdings insofern eingeschränkt werden, dass wir uns – bedingt durch den engen Rahmen eines solchen Artikels – in der Analyse nur auf der programmatischen und globalen Ebene bewegt haben. Ob und wie Regieren und Subjektivierung in der hier beschriebenen Art und Weise gelingt, und was Scheitern dann jeweils bedeutet, haben wir nur kurz am Beispiel des CDM demonstrieren können. Doch bereits auf der programmatischen Ebene des Diskurses entfalten sich erhebliche Machtwirkungen, die die Regierung des Umwelt-Entwicklungs-Nexus entscheidend beeinflussen. Das zu diagnostizieren ist unserer Meinung nach der Mehrwert einer Foucaultschen Perspektive, der sich gegenüber anderen Ansätzen der Entwicklungstheorie und -analyse deutlich abzeichnet.

Literatur

Abrahamsen, Rita. 2004. The Power of Partnerships in Global Governance. *Third World Quarterly* 25: 1453–1467.

Aradau, Claudia, und Rens van Munster. 2007. Governing terrorism through risk: taking precautions, (un)knowing the future. *European Journal of International Relations* 13: 89–115.

Bäckstrand, Karin, und Eva Lövbrand. 2006. Planting Trees to Mitigate Climate Change. Contested Discourses of Ecological Modernization, Green Governmentality and Civic Environmentalism. *Global Environmental Politics* 6: 50–75.

Ban, Ki-Moon. 2007. *We cannot steal our children's future.* http://www.un.org/News/Press/docs/2007/sgsm11325.doc.htm. Zugegriffen: 18. August 2011.

Ban, Ki-Moon. 2009. The sky is the limit. *Our Planet. Magazine of the UNEP* December: 6–7.

Blowfield, Michael, und Jedrzej G. Frynas. 2005. Setting new agendas: critical perspectives on Corporate Social Responsibility in the developing world. *International Affairs* 81: 499–513.

Bourbeau, Philippe. 2013. Resiliencism: premises and promises in securitisation research. *Resilience* 1: 3–17.

Brand, Ulrich. 2010. Sustainable development and ecological modernization: The limits to a hegemonic policy knowledge. *Innovation. The European Journal of Social Science Research* 23: 135–152.

Brundtland, Gro Harlem. 1987. *Our common future. World commission on environment and development.* Oxford: Oxford University Press.

Carruthers, David. 2001. From opposition to orthodoxy: The remaking of sustainable development. *Journal of Third World Studies* 18: 93–112.

Chandler, D. 2012. Development as Freedom? From Colonialism to Countering Climate Change. Development Dialogue 58: 115–129.

Coaffee, Jon, und David M. Wood. 2006. Security is Coming Home: Rethinking Scale and Constructing Resilience in the Global Urban Response to Terrorist Risk. *International Relations* 20: 503–517.

Collier, Stephen J., und Andrew Lakoff. 2008. Distributed preparedness: the spatial logic of domestic security in the United States. *Environment and Planning D* 26: 7–28.

Connelly, Matthew. 2008. *Fatal misconception: the struggle to control world population.* Cambridge, MA.: Belknap Press.

Davis, Mike. 2005. *Die Geburt der dritten Welt: Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter.* Berlin: Assoziation A.

Dean, Mitchell. 1999. *Governmentality.* London: Sage Publications.

Death, Carl. 2010. *Governing Sustainable Development: Partnerships, Protests and Power at the World Summit.* London/New York: Routledge.

Dillon, Michael. 2007. Governing terror: the state of emergency of biopolitical emergence. *International Political Sociology* 1: 7–28.

Dillon, Michael. 2008. Underwriting security. *Security Dialogue* 39: 309–332.

Dryzek, John S. 2005. *The Politics of the Earth. Environmental Discourses. 2nd Edition.* Oxford/New York: Oxford University Press.

Duffield, Mark. 2007. *Development, Security and Unending War: Governing the World of Peoples.* Cambridge/Malden: Polity.

Eblinghaus, Helga, und Armin Stickler. 1996. *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt a.M.: IKO-Verlag.*

Ehrlich, Paul R. 1968. *The Population Bomb*. New York: Ballantine Books.

Escobar, Arturo. 1995. *Encountering development: The making and unmaking of the Third World*. Princeton: Princeton University Press.

Evans, Brad, und Julian Reid. 2013. Dangerously exposed: the life and death of the resilient subject. *Resilience* 1: 1–16.

Ewald, Francois. 2002. The Return of Descartes' Malicious Demon: An Outline of a Philosophy of Precaution. *In Embracing Risk: The Changing Culture of Insurance and Responsibility*, Hrsg. John Baker und Jonathan Simon, 273–302. Chicago: Chicago University Press.

Foucault, Michel. 1977. *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a.M: Suhrkamp.

Foucault, Michel. 2005. Subjekt und Macht. In *Subjekt und Macht*, Hrsg. Daniel Defert und Francois Ewald, 269–294. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel. 2006a. *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität.* Band II. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel. 2006b. *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität*. Band I. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gilbertson, Tamra, und Oscar Reyes. 2009. *Carbon Trading: How it works and why it fails*. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation.

Global Humanitarian Forum. 2009. *The Anatomy of a Silent Crisis*. Geneva: GHF.

Grugel, Jean, und Pía Riggirozzi. 2012. Post-neoliberalism in Latin America: Rebuilding and Reclaiming the State after Crisis. *Development and Change* 43: 1–21.

Gupta, Joyeeta, und Nicolien van der Grijp. 2010. *Mainstreaming Climate change in development cooperation: Theory, Practice and implications for the European Union*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hajer, Maarten A. 1995. *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Oxford University Press.

Hartmann, Betsy. 2010. Rethinking climate refugees and climate conflict: Rhetoric, reality and the politics of policy discourse. *Journal of International Development* 22: 233–246.

Harvey, David. 2005. *A brief history of neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.

HLPGS, (High Level Panel on Global Sustainability). 2012. *Resilient people, resilient planet: A future worth choosing*. New York: UN.

Huntington, Ellsworth. 1945. *Mainsprings of Civilization*. New York: Wiley.

Joseph, Jonathan. 2010. Poverty Reduction and the New Global Governmentality. *Alternatives: Global, Local, Political* 35: 29–51.

Kerchner, Brigitte, und Silke Schneider (Hrsg.). 2006. *Foucault: Diskursanalyse der Politik*. Wiesbaden: VS Verlag.

Larner, Wendy. 2000. Neo-liberalism: Policy, ideology, governmentality. *Studies in Political Economy* 63: 5–25.

Larner, Wendy, und William Walters. 2002. The political rationality of "new regionalism": Toward a genealogy of the region. *Theory and society* 31: 391–432.

Lemke, Thomas. 2000. Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahresschrift* 41: 31–47.

Litfin, Karen T. 1998. Satellites and Sovereign Knowledge. Remote Sensing of the Global Environment. In dies.: *The Greening of Sovereignty in World Politics*,193–222. Cambridge/London: MIT.

Livingstone, David N. 2002. Race, space and moral climatology: notes toward a genealogy. *Journal of Historical Geography* 28: 159–180.

Lohmann, Larry. 2006. *Carbon Trading: A Critical Conversation on Climate Change, Privatization and Power*. Oslo: Dag Hammarskjöld Foundation.

Lövbrand, Eva, und Johannes Stripple. 2011. Making climate change governable: Accounting for sinks, credits and personal budgets. *Critical Policy Studies* 5: 187–200.

Lövbrand, Eva, Johannes Stripple, und Bo Wiman. 2009. Earth System governmentality: Reflections on science in the Anthropocene. *Global Environmental Change* 19: 7–13.

Luke, Timothy W. 1999a. Eco-Managerialism. Environmental Studies as a Power/Knowledge Formation. In *Eco-Managerialism. Environmental Studies as a Power/Knowledge Formation*, Hrsg. Frank Fischer und Maarten A Hajer, 103–120. Oxford: Oxford University Press.

Luke, Timothy W. 1999b. Environmentality as Green Governmentality. In *Environmentality as Green Governmentality*, Hrsg. Eric Darier, 121–151. Oxford/Malden: Blackwell.

Lutes, Mark W. 1998. Global Climatic Change. In *Global Climatic Change*, Hrsg. Roger Keil, David Bell, Peter Penz et al., 157–175. London, New York: Routledge.

Meadowcroft, James. 1999. The politics of sustainable development: emergent arenas and challenges for political science. *International Political Science Review* 20: 219–237.

Merlingen, Michael. 2006. Foucault and World Politics. Promises and Challenges of Extending Governmentality Theory to the European and Beyond. *Millenium: Journal of International Studies* 35: 181–196.

Methmann, Chris. 2012. *We are all green now: Hegemony, governmentality and fantasy in the global climate polity*. Dissertation: University of Hamburg.

Methmann, Chris. 2013. The Sky is the Limit: Global Warming as Global Governmentality. *European Journal of International Relations* 19: 68–90.

Methmann, Chris, und Delf Rothe. 2012. Politics for the day after tomorrow: The logic of apocalypse in global climate politics. *Security Dialogue* 43: 323–344.

Michaelowa, Axel, und Katharina Michaelowa. 2010. *Coding error or statistical embellishment? The political economy of reporting climate aid*. Center for Comparative and International Studies, University of Zurich. www.cis.ethz.ch/publications/publications/2010_WP56_Michaelowa_Michaelowa.Pdf. Zugegriffen: 24. Juni 2010.

Myers, Norman. 1997. Environmental Refugees. *Population & Environment* 19: 167–182.

O'Riordan, Timothy. 1993. The Politics of Sustainability. In *Sustainable environmental economics and management: Principles and practice*, Hrsg. R K Turner, 37–69. London: Belhaven.

Oels, Angela. 2005. Rendering Climate Change Governable. From Biopower to Advanced Liberal Government. *Journal of Environmental Policy and Planning* 7: 185–207.

Oels, Angela. 2013. Rendering climate change governable by risk: From probability to contingency. *Geoforum* 45: 17–29.

Olsen, Karen. 2007. The clean development mechanism's contribution to sustainable development: a review of the literature. *Climatic Change* 84: 59–73.

Oxfam. 2009. *The Future is Here: Climate Change in the Pacific*. Victoria, Auckland: Oxfam Australia/Oxfam New Zealand.

Paterson, Matthew, und Johannes Stripple. 2010. My Space: governing individuals carbon emissions. *Environment and Planning D: society and space* 28: 341–362.

Peet, Richard. 1985. The Social Origins of Environmental Determinism. *Annals of the Association of American Geographers* 75: 309–333.

Pupavac, Vanessa. 2006. The politics of emergency and the demise of the developing state: problems for humanitarian advocacy. *Development in Practice* 16: 255–269.

Rojas, Cristina. 2001. "Development": What's in a Word? Views from the Paradigms. *Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du développement* 22: 571–596.

Rojas, Cristina. 2004. Governing through the Social: Representations of Poverty and Global Governmentality. In *Global Governmentality: Governing International Spaces*, Hrsg. Wendy Larner und William P. Walters, 97–115. London/New York: Routledge.

Rose, Niklas. 1996. The death of the social? Re-figuring the territory of government. *Economy and Society* 25: 327–356.

Rose, Niklas. 2001. The politics of life itself. *Theory, Culture & Society* 18: 1–30.

Rose, Nikolas, und Peter Miller. 1992. Political Power beyond the State. Problematics of Government. *British Journal of Sociology* 43: 173–205.

Rose, Nikolas, Patrick O'Malley, und Marianna Valverde. 2006. Governmentality. *Annual Review of Law and Social Sciences* 2: 83–104.

Rutherford, Paul. 2003. Talking the Talk: Business Discourse at the World Summit on Sustainable Development. *Environmental Politics* 12: 145–150.

Rutherford, Stephanie. 2007. Green governmentality: insights and opportunities in the study of nature's rule. *Progress in Human Geography* 31: 291–307.

Schumacher, Ernst Friedrich. 1973. *Small is beautiful: economics as if people mattered.* New York: HarperPerennial.

Slater, David. 1997. Geopolitical imaginations across the North-South divide: issues of difference, development and power. *Political Geography* 16: 631–653.

Slocum, Rachel. 2004. Consumer citizens and the Cities for Climate Protection campaign. *Environment and Planning* A 36: 763–782.

Spehr, Christoph. 1996. *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise.* Wien: Promedia.

Stavrakakis, Yannis. 2000. On the Emergence of Green Ideology: the Dislocation Factor in Green Politics. In *Discourse Theory in European Politics*, Hrsg. David Howarth und Aletta Norval, 100–118. Manchester: Manchester University Press.

Stern, Nicholas. 2007. *The Economics of Climate Change.* Cambridge: Cambridge University Press.

Tambe, Ashwini. 2011. Climate, race science and the age of consent in the league of nations. *Theory, Culture & Society* 28: 109–130.

Tremmel, Jörg. 2003. *Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie: der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure.* München: Ökom.

Uhrqvist, Ola. 2013. Governing knowledge through start and the expansion of global environmental change research. In *Interpretive Approaches to Global Climate Governance*, Hrsg. Chris Methmann, Delf Rothe und Benjamin Stephan, 152–165. London/New York: Routledge.

United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (1992), *United Nations Framework Convention on Climate Change.* Geneva: UNFCCC.

UN Secretary General. 2009. *Climate change and its possible security implications*. New York: United Nations.
UN Security Council. 2007. *5663rd Meeting*. April 17, 2007 (1).
UNDP. 2007. *Fighting climate change: Human solidarity in a divided world. Human Development Report 2007/2008*. New York: UNDP.
UNEP. 2010. *The Emissions Gap Report*. Nairobi: UNEP.
United Nations. 2010. *Millennium Development Goals Progress Report*. New York: UN.
Up in Smoke Coalition. 2004. *Up in Smoke? Threats from, and Responses to, the impact of global warming on human development*. London: NEF.
Watkins, Melville H. 1963. A staple theory of economic growth. *The Canadian Journal of Economics and Political Science* 29: 141–158.
Weltbank. 2008. *Agriculture for Development*. Washington: Weltbank.
Weltbank. 2010. *Development and Climate Change. World Development Report 2010*. Washington, D.C.: The World Bank Group.
Welzer, Harald. 2008. *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Tabelle 1: Gouvernementale Schichten im Problemkomplex Klima-Umwelt

	Liberale Biopolitik	Fortgeschrittener Liberalismus	Ökopolitik der Apokalypse
Sichtbarkeiten	Globale Umwelt Entwicklung ist begrenzt durch die Umwelt	Re-nationalisierte Umwelt Kosten des Umwelt-/ Klimaschutzes Armut als bedauerliche Tatsache	Klimawandel potentiell katastrophal und unvorhersagbar Klimawandel ist Hauptgrund, warum Armutsbekämpfung fehlschlägt
Rationalitäten	Klimawandel kann durch naturwissenschaftlich gesteuertes globales Management auf ein „tolerables Niveau" gesenkt werden, Entwicklung wird optimiert	Die Bekämpfung des Klimawandels kann besonders effizient durch Märkte und ökonomische Anreize erzielt werden, durchs Regieren werden nur Zielvorgaben gemacht	Die vom Klimawandel potentiell Betroffenen sollen sich fit machen für das Überleben im Angesicht von Extremwetterlagen; „Leben" als informationelles System
Technologien	Sicherheitsapparate **Überwachung/Kontrolle** Satellitenbilder der globalen Umwelt Computermodelle des Klimawandels Globale Umweltforschungsprogramme **Regulierung** Stabilisierung der Treibhausgasemissionen auf einem Niveau, das „gefährliche" Störung des Klimasystems verhindert	**Märkte** Joint Implementation Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM), Emissionshandel **Freiheitstechnologien** Verträge: z. B. Kyoto-Protokoll Deliberative Räume: z. B. Konferenzen Partnerschaften z. B. Type 2 Outcomes: Public-Private-Partnerships **Performanztechnologien** Ziel- und Leistungsvereinbarungen: Quantifizierte Emissionsreduktionsziele im Kyoto Protokoll Selbstberichte Nationale Treibhausgasinventare	Resilienz/ Erhöhung der Anpassungsfähigkeit Aufbau sozialen Kapitals Vorsorgeprinzip Präventiver Katastrophenschutz Freiheitstechnologien Deliberative Räume Responsibilisierung der Betroffenen zur Vorsorge und zur Vorbereitung
Identitäten	Experten steuern Raumschiff Erde	„kalkulierende" Partner / Unternehmer	„anpassungsfähige" Gemeinschaften/Individuen